



Steuerreformdebatte

Union erzielt Durchbruch

CDU und CSU haben bei der Suche nach einem gemeinsamen Steuerkonzept einen Durchbruch erzielt. Dies gab Angela Merkel nach einer Sitzung der Spitzen von CDU und CSU bekannt. Beide Schwesterparteien hätten sich auf einen „radikalen Neuanfang“ beim Steuerrecht geeinigt.

Es bestehe Übereinstimmung darüber, dass ein grundlegend neues Steuerrecht erforderlich sei und eine Modifizierung des bestehenden nicht ausreiche. Dazu gehörten die Einführung eines neuen Einkommens- und Körperschaftssteuerrechts, der Wegfall der Gewerbesteuer und die ▶

INHALT

„Steuerpolitik '21“
Grundsätze von
CDU und CSU
Seite 3

Annette Schavan:
Unionsregierte Länder
auch im internationalen
Vergleich vorn!
Seite 5

HEUTE AKTUELL

■ Angela Merkel: Union erzielt Durchbruch (Seite 1) ■ Laurenz Meyer: Das ist zu wenig, Herr Clement! (Seite 4) ■ Jürgen Rüttgers: NRW-Jugend spricht Landesregierung Misstrauen aus (Seite 4) ■ Peter Rauen: Arbeitszeitverlängerung sichert Arbeitsplätze (Seite 6) ■ Kreisgeschäftsstelle Klee in neuem Gewand (Seite 7) ■ Sachsen: Erste InternetNight ein voller Erfolg (Seite 8) ■ Familien- und Bildungspolitik – Seiten derselben Medaille (Seite 9) ■ Christean Wagner: Klare Kompetenztrennung von Bund und Ländern (Seite 10) ■ kurz und bündig (Seite 11) ■ Aus dem Plenum und den Ausschüssen (Seite 12–13) ■ Dirk Fischer; Klaus Lippold: Maut weiter konzeptlos ■ Dietrich Austermann: Clemens Fehlprognosen (Seite 15) ■ Peter Götz: Ersatz für Gewerbesteuer (Seite 16) ■ Wolfgang Börnsen: Nationale Küstenwache gefordert (Seite 17)

► Senkung der Steuerlast um bis zu 10 Milliarden Euro. Da man dafür keine Verletzung der Euro-Stabilitätskriterien in Kauf nehmen werde, wie sie die jetzige Bundesregierung zur verantworten hat, müssten Subventionen abgebaut werden. Um das neue Steuerrecht zudem familienfreundlich zu gestalten, seien hohe Grundfreibeträge unabdingbar. Die Gewerbesteuer soll nach den Plänen der Union abgeschafft und durch ein eigenes Hebesatzrecht der Kommunen ersetzt werden. Von der CSU sei der Vorschlag übernommen worden, mittelständische Betriebe bei der Erbschaftsteuer zu entlasten.

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kündigte an, dass bis zu einer gemeinsamen Sitzung der Parteipräsidien am 7. März detaillierte Leitsätze vorgelegt würden. Es sei nun die Aufgabe der Finanzfachleute beider Parteien unter Führung des CDU-Finanzexperten Fried-

rich Merz und des bayerischen Finanzministers Kurt Falthäuser, eine gemeinsame Vorlage für eine erforderliche Steuerreform zu erarbeiten.

Die Vorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber, forderten übereinstimmend die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Die rot-grüne Koalition müsse Klarheit darüber schaffen, ob sie bereit sei, einen „völligen Neuanfang auf diesem Gebiet zu wagen“. Die Union sei bereit, noch in diesem Jahr zu einer Einigung mit der Regierung zu gelangen.

Bundesfinanzminister Eichel hat jedoch bereits das Angebot von CDU und CSU abgelehnt.



WEB-TIPP

■ **Umfangreiche Informationen** zu den Reformvorschlägen der Union finden Sie auf www.projekt-wachstum.de

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cd.u.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Gemeinsame Grundsätze von CDU und CSU

CDU und CSU fordern ein neues Steuerrecht. Deutschland braucht einen völligen Neuansatz bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer und einen Wegfall der Gewerbesteuer mit dem Ziel einer massiven Vereinfachung des Steuerrechts und einer Senkung der Steuerlast.

- Die Steuerlast muss gesenkt und das Steuerrecht muss vereinfacht werden.
 - Das geltende Ertragssteuerrecht ist zu kompliziert und unübersichtlich. Es ist eine Belastung im Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze und entspricht nicht mehr den Anforderungen an steuerliche Gerechtigkeit, deshalb muss es durch ein völlig neues Steuerrecht ersetzt werden.
 - Ein neues Steuerrecht muss einfach, gerecht und übersichtlich sein. Die Ermittlung von Einkünften muss von einer breiten Bemessungsgrundlage und niederen Steuersätzen ausgehen.
- Das Steuerrecht muss familienfreundlich sein. Deshalb sind Ehegattensplitting und hohe Grundfreibeträge pro Person unabdingbar.
- CDU und CSU gehen von einer stabilitätsgerechten Finanzierung einer Steuersenkung von etwa 10 Milliarden € aus. Das beinhaltet auch deutliche Einsparungen im Subventionsbereich, um die Staatsquote zu senken. Um individuelle Härten zu vermeiden und um im internationalen Standortwettbewerb erfolgreich zu sein, muss es zu einer echten Entlastung kommen.
 - CDU und CSU bieten den kommunalen Gebietskörperschaften an, gemeinsam einen Ersatz für die überholte Gewerbesteuer zu erarbeiten, der die Finanzgrundlagen über eine Beteiligung an Gemeinschaftssteuern sichert und zugleich eigene Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eröffnet.
 - CDU und CSU wollen für den Mittelstand Erleichterungen beim Erbfall. Die Erbschaftssteuer ist zu stunden oder deutlich zu reduzieren, wenn Betriebe fortgeführt, Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.
 - CDU und CSU werden auf dieser Grundlage gemeinsam detaillierte Leitsätze erarbeiten (F. Merz und K. Faltlhauser) und bei der gemeinsamen Sitzung der Präsidien am 7. März verabschieden.
 - CDU und CSU fordern die Regierungskoalition auf, klar zu sagen, ob sie bereit ist, einen radikalen Neuanfang im Steuerrecht mit zu tragen und wenn sie das will, beratungsfähige Gesetzentwürfe vorzulegen.
 - CDU und CSU erklären ihre Bereitschaft, noch im Jahr 2004 dieses neue Steuerrecht zu beraten und gesetzlich zu verabschieden.

Laurenz Meyer:

Das ist zu wenig, Herr Clement!

Zum diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung erklärte der CDU-Generalsekretär.

Rot-Grün sollte nicht so tun, als habe das prognostizierte leichte Wirtschaftswachstum irgendetwas mit Regierungshandeln zu tun. Das genaue Gegenteil ist der Fall: Die Wirtschaftsprognosen sind wieder positiv – nicht wegen, sondern trotz Rot-Grün.

Wirtschaftsexperten führen den schwachen Aufschwung vor allem auf die Tatsache zurück, dass es in diesem Jahr weniger Feiertage gibt. Hier zeigt sich der



von Rot-Grün immer wieder bestrittene Effekt, dass Mehrarbeit auch mehr Wachstum bringt. Zudem profitiert Deutschland vom gigantischen Konjunkturprogramm der US-Regierung.

Doch mit einem prognostizierten Wachstum von 1,5 bis zwei Prozent werden in Deutschland keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Daher muss die Bundesregierung jetzt grundlegend neue Weichenstellungen am Arbeitsmarkt, beim Steuerrecht und in den Sozialsystemen vornehmen. Nur so kann in Deutschland wieder Wachstum aus eigener Kraft generiert werden, so dass endlich neue Arbeitsplätze entstehen. Auf keinen Fall darf es eine Neuauflage von Schröders Politik der ruhigen Hand geben.

„NRW-JUGEND SPRICHT LANDESREGIERUNG MISSTRAUEN AUS!“

Die CDU-Landtagsfraktion hat den Erfolg der Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“ als Misstrauensvotum gegen die Landesregierung bewertet.

„175.000 Unterschriften sind ein deutliches Zeichen des Widerstands gegen die rot-grüne Kahlschlag-Politik“, sagte nordrheinwestfälische CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Jürgen Rüttgers. Die Gleichgültigkeit, mit der die Landesre-



gierung den Protesten in NRW begegne, verschärfe den Unmut in der Bevölkerung zusätzlich.

Die rot-grüne Mehrheit in Düsseldorf hat die Mittel für die Kinder- und Jugendhilfe von 96,5 Millionen auf 80 Millionen in diesem Jahr und 75 Millionen im nächsten Jahr reduziert. Rüttgers:

„Ausgerechnet bei der Kinder- und Jugendhilfe zu kürzen zeigt die Konzeptlosigkeit der Landesregierung. Der Widerstand dagegen ist richtig.“ Der stellvertretende CDU-Vorsitzende warnte Rot-Grün davor, der Volksinitiative nun mit neuen Versprechungen zu begegnen: „Die CDU hat in dieser Woche den Antrag gestellt, auf diese Kürzungen zu verzichten. Das ist von Rot-Grün abgelehnt worden.“

Annette Schavan:

Unionsregierte Länder auch international vorn!

Nachdem vor gut einem Jahr die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) erstmals vergleichend die Bildungssituation an deutschen Grundschulen erhellte, wurde jetzt mit IGLU-E der innerdeutsche Vergleich vorgelegt.

Teilgenommen hatten sieben Bundesländer, und erneut zeigt sich: Allen voran Baden-Württemberg - dicht gefolgt von Bayern und Hessen - befindet sich nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Umfeld auf vorderen Plätzen!

Bereits die erste IGLU-Studie hatte deutlich gemacht, dass es innerhalb von Deutschland bei den Leistungen der Schüler bedeutsame Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Interessant ist, dass sich alte und neue Bundesländer insgesamt nicht bedeutsam unterscheiden, wohl aber innerhalb der Bundesrepublik erhebliche Unterschiede bestehen. Die jetzt vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass die unionsgeführten Bundesländer eine hervorragende Bildungspolitik betreiben. Und: Die unionsregierten Länder orientieren sich nicht am Niveau SPD-regierter Länder, son-



dern an den Staaten, die im internationalen Vergleich vorn liegen. Unser Ziel ist die internationale Spitze unserer Schulen.

Die Studie hat ergeben, dass viele deutsche Grundschulen ein gutes Niveau erreichen. So liegen im Bereich „Lesen“ die Länder Baden-Württemberg (549 Punkte), Bayern (546), Hessen (544) über dem deutschen Mittelwert (539), Nordrhein-Westfalen (531) nahe dran, während Brandenburg (526) und Bremen (507) signifikant (statistisch eindeutig) darunter liegen. Im internationalen Vergleich bedeutet dies, dass Baden-Württemberg (5. Platz), Bayern (6.) sowie Hessen (8.) im Spitzenfeld rangieren. Vergleichbar sind die Ergebnisse in den Bereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Rechtschreibung. Das ist ein exzellentes

Zwischenzeugnis und belegt eindrucksvoll, dass an Grundschulen in Deutschland hervorragende pädagogische Arbeit geleistet und ein hohes Niveau erreicht wird. Dennoch bleibt viel in Deutschland zu tun, zumal sich einmal mehr ein klares Süd-Nord-Gefälle sowie ein deutlicher Abstand zu lange SPD-regierten Ländern herauskristallisiert.

Es ist deshalb richtig, dass die KMK den in der PISA-Studie aufgezeigten Handlungsbedarf ernst nimmt. Ziel muss es beispielsweise sein, die Förderbedingungen in unseren Schulen sowohl für Kinder mit Lernschwierigkeiten als auch für besonders begabte Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Dabei muss das Leistungsniveau insgesamt angehoben sowie für mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit gesorgt werden. Auch die Durchlässigkeit des Schulsystems gilt es zu verbessern. Wichtig ist, dass wir unsere Bildungspolitik am internationalen Spitzenniveau messen lassen wollen!

Annette Schavan, MdL, Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg und stellv. CDU-Vorsitzende.

Peter Rauen:

„Arbeitszeitverlängerung sichert Arbeitsplätze“

Völlig zu Recht fordern die Metallarbeitgeber im Rahmen der Metall-Tarifverhandlungen flexiblere Arbeitszeiten.

Mehr betrieblicher Spielraum bei der Gestaltung der Arbeitszeit hilft bei der hausgemachten Krise auf dem Arbeitsmarkt. Es ist eine große Belastung, dass Deutschland weltweit nach Norwegen die kürzeste effektive Jahresarbeitszeit hat. Auch die Lebensarbeitszeit ist nur in wenigen Ländern geringer als bei uns. Das ist schlecht für ein Industrieland, dass außer den Köpfen, dem Fleiß und der Arbeit seiner Menschen neben dem Kapital keine anderen Ressourcen für Wachstum und Beschäftigung hat.

Durch mehr Arbeit und weniger bezahlte Nicht-Arbeitstage pro Jahr sinken die Lohnzusatzkosten. So können die deutschen Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Dies ist nicht nur wichtig im Vergleich zu anderen Industrienationen, sondern auch, weil die EU-Osterweiterung vor der Tür steht. Dadurch wird der Konkurrenzdruck auf deutsche Unternehmen wei-



ter steigen. Damit Betriebe in Deutschland weiterhin eine Chance haben, müssen sie endlich wieder effektiv produzieren können. Nur so können Arbeitsplätze am Standort Deutschland gesichert werden. Diesen simplen Zusammenhang sollten sich die Gewerkschaftsbosse einmal zu Gemüte führen und ihre überholte Ideologie endlich über Bord werfen.

Damit die Arbeitskosten sinken, müssen wir in Deutschland die Stechuhren dringend umstellen. Auf die Woche, aufs Jahr und das gesamte Leben bezogen. Belege für die positiven Effekte von Mehrarbeit auf Wachstum und damit auch auf die Beschäftigung gibt es zu Genüge:

In diesem Jahr arbeiten die Deutschen rein zufällig

mehr und das hat positive Auswirkung auf die Konjunktur: 2004 fallen einige Feiertage aufs Wochenende. Und dank des Schaltjahr gibt es einen Arbeitstag mehr. Allein aus diesen Kalendereffekten resultieren bis zu 0,6 Prozent des vorhergesagten Wirtschaftswachstums.

Zudem ist mit dem Gewerkschaftsmärchen aufzuräumen, durch Arbeitszeitverkürzung und mehr bezahlte Freizeit könne die Arbeit auf mehr Schultern verteilt werden. Die irrige Politik der Vergangenheit, die individuelle Arbeitszeit ständig zu verkürzen, hat lediglich dazu geführt, dass sich die Produktivitätsschraube immer schneller drehte. Die Zeche zahlen jene Geringqualifizierten, die den Produktivitätsanforderungen nicht mehr genügen und dadurch ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist beschäftigungsfeindlich, unsozial und hat nur eines gefördert: die Schwarzarbeit.“

Peter Rauen, MdB, ist Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU.

Kreisgeschäftsstelle Kleve in neuem Gewand

Nach drei Monaten Umbauzeit war es am 10. November des vergangenen Jahres endlich soweit: Das neue CDU-Bürgercenter im niederrheinischen Kleve wurde feierlich eröffnet.

Stolz präsentierten der Kreisvorsitzende Ronald Pofalla, MdB, und Kreisgeschäftsführer Manfred Lorenz die neue (alte) Geschäftsstelle der Öffentlichkeit. „Der Umbau ist Teil unseres umfassenden Modernisierungskonzepts“ erläutert Ronald Pofalla, „die Anforderungen an die Kreisgeschäftsstelle ändern sich und neue Schwerpunkte gewinnen an Bedeutung.“ Bewusst gewählt wurde der neue Name „Bürgercenter“, „wir sind schließlich keine geschlossene Gesellschaft, sondern eine moderne, offene Volkspartei“, so Ronald Pofalla. Deshalb dürfe die Kreisgeschäftsstelle sich nicht auf ihre traditionellen Verwaltungs- und Organisationsaufgaben beschränken. Sie soll sich vielmehr als Anlaufstelle für Bürger und Mitglieder verstehen, als modernes Dienstleistungszentrum.

So wurde als zentrale Begegnungsstätte der Eingangsbereich räumlich so

umgestaltet und modernisiert, dass er multifunktional nutzbar ist. „Wir denken hier an Ausstellungen und die Zusammenarbeit mit lokalen Künstlern“ ergänzt Manfred Lorenz, denn die erste Ausstellungseröffnung ist bereits für Anfang dieses Jahres vorgesehen. Darüber hinaus wurde der Konferenzraum modernisiert, um ihn als angemessenes Ambiente für Sitzungen und Pressekonferenzen nutzen zu können.

Doch nicht nur optisch präsentiert sich das Bürgercenter in neuem Gewand, „auch in technischer Hinsicht sind wir up to date“ berichtet Ronald Pofalla. Durch die Anschaffung eines neuen Servers sind bereits die Voraussetzungen für den Einsatz künftiger Kommunikationsstrukturen gegeben. Ein Novum stellt das Angebot eines SMS-Newsletters für Funktions- und Mandatsträger der Partei da. Fachkundige Hilfe bekommen die Stadt- und Gemeindeverbände außerdem bei der Ent-

wicklung ihrer Internetseiten. Über den konsequenten Einsatz moderner Informationstechnologien ist es dem Kreisverband Kleve besonders wichtig, verstärkt junge Leute zu erreichen. „Wir wollen unsere Mitglieder nicht nur verwalten, sondern mit ihnen kommunizieren, dafür müssen wir Hemmschwellen abbauen“ erklärt Manfred Lorenz. Diese Herausforderung soll durch die Installation einer neuen Telefonanlage erreicht werden, die es jedem Bürger ermöglicht, mittels Telefon oder E-Mail alle Ansprechpartner der Geschäftsstelle direkt zu erreichen. Deshalb wurden alle 4800 Mitglieder des Kreisverbandes über die individuellen Aufgaben und der Erreichbarkeit der einzelnen Mitarbeiter informiert, denn Transparenz und Bürgernähe sind oberste Maxime.



Architekt F. Hülsmann, Kreisvorsitzender R. Pofalla, seine Mitarbeiterin A. Asdonk, Kreisgeschäftsführer M. Lorenz (v. l.)

Sächsische Union

Erste InternetNight ein voller Erfolg

„Dem Internet gehört die Zukunft und davor werden wir uns auf keinen Fall verschließen. Was Innovationen und neue Technologien angeht, schaltet Sachsen Kopf und Computer an.“

Mit dieser klaren Botschaft eröffnete Staatsminister Stanislaw Tillich die erste InternetNight der CDU Sachsen. Nach dem Vorbild der Bundes-CDU hatte der Landesverband Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung ins „Neue Terminal“ des Flughafens Dresden eingeladen, um gemeinsam mit den Mitgliedern der Partei über die aktuellen Entwicklungen rund ums Internet zu diskutieren.

„Wir wollen ein offenes Forum für Informationstechnologie und Neue Medien in Sachsen schaffen“, formuliert Cornelia Bischof, die mit ihrem Team in der Landesgeschäftsstelle der CDU Sachsen für die Planung und Durchführung der Veranstaltung verantwortlich war, das Ziel der ersten Internet-Night. Das Konzept der Veranstaltung mit einer gesunden Mischung aus Information und Unterhaltung kam von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die die Inter-

netNight 2001 erstmals erfolgreich veranstaltete und am 29. Juni 2004 bereits zum vierten Mal zur „MediaNight“ ins Konrad-

Adenauer-Haus in Berlin einladen wird.

Ministerpräsident Georg Milbradt, der die Internet-Night der Sächsischen Union eröffnen wollte, musste leider kurzfristig absagen. Er liege, so CDU Generalsekretär Hermann Winkler „mit Grippe und Laptop“ im Bett. Sicher ein Verlust für den Abend, aber, das sei – versicherte Stanislaw Tillich –, grundsätzlich kein Problem für die Regierungsgeschäfte, da der Ministerpräsident via E-Mail und Internet sehr engen Kontakt zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern halte.

Nach den Eröffnungsreden fanden parallel fünf Workshops statt, die sich mit verschiedenen Fragen rund ums Internet beschäftigten. Neben dem Workshop „Wahlkampf crossmedial“, in dem sich CDU-Mitglieder im ge-



schlossenen Kreis über parteiinterne Vorhaben und Kommunikations-Strategien informieren konnten, fanden Workshops zu den Möglichkeiten elektronischer Ausschreibung, dem papierlosen Büro, Geoinformationssystemen sowie „Marketing und Regionalentwicklung per Internet“ statt.

Unter der Überschrift „wer arbeitet muss auch feiern können“ ging es dann nahtlos in die InternetNight-Party mit offenem Ende über. Mit über 400 Gästen war die erste InternetNight der Sächsischen Union ausgesprochen gut besucht. Die Gäste waren von den Workshops sowie dem Rahmenprogramm begeistert. Angesichts des erfolgreichen Abends ist sich Cornelia Bischof sicher: „Das war nicht unsere letzte InternetNight in Dresden.“

Rheinland Pfalz

Familien- und Bildungspolitik – Seiten derselben Medaille

„Bessere pädagogische Konzepte und eine früher einsetzende Förderung von Kindern“ hat der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, auf der „FAMILIENexpo“ der Landes-CDU angemahnt.

Zur Behebung der Defizite im Bereich der Bildung, die mit den Studien PISA, TIMSS und IGLU zu Tage getreten sind, sei eine bessere Verzahnung von Bildung und Erziehung erforderlich, die mit den ersten Lebensjahren beginnen müsse. Mit Blick auf die Ganztagschule sagt Böhr: „Natürlich brauchen wir die Ganztagschule. Denn wir müssen ein Angebot schaffen, das den Eltern eine echte Wahlfreiheit ermöglicht.“ Der stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands kritisiert jedoch, dass die Kinder an den Ganztagschulen lediglich betreut würden. „Wenn schon Ganztagschule, dann richtig. Hier wünsche ich mir ein pädagogisches Konzept.“

Weiter befürwortet die CDU Rheinland-Pfalz, die eigene Expertenkommission „Familie und Gesell-



Der Landesvorsitzende Christoph Böhr beim Besuch des Expo-Kinderprogramms

schaft“ eingerichtet hat, eine frühere Einschulung der Kinder. „Wir müssen deutlich früher einschulen“, fordert Böhr. „Mit durchschnittlich 6,9 Jahren schulen wir eindeutig zu spät ein“, so der Vorsitzende der Expertenkommission, Josef Zolk. Auch könnten nach den Vorstellungen der CDU-Experten künftig Kinder, die z. B. bislang in die Schulkindergärten gegangen sind, mit spezieller Förderung die ersten beiden Schuljahre in drei Jahren, besonders begabte Kinder das erste und zweite Schuljahr in einem Jahr durchlaufen. Noch nicht schulpflichtige Kinder könnten auf Antrag der Eltern in die Schule aufgenommen werden, wenn auf Grund ihrer Entwicklung zu erwarten sei, dass sie mit Erfolg am

Unterricht teilnehmen werden. Dieser Eingangskorridor garantiert Individualität und Flexibilität beim Schuleinstieg.

„Wir wollen bilanzieren und neue Wegmarken setzen“, so Josef Zolk. „Jeder kann dazu beitragen, Rheinland-Pfalz familienfreundlicher zu gestalten. Eine familienfreundliche Kultur ist gefordert – das ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft.“ „Wir sind der festen Überzeugung: Um das Beste für unsere Kinder zu erreichen, müssen wir eine neue Grundschule an der individuellen Entwicklung des Kindes orientieren. Sie muss individuell und flexibel auf die Entwicklung jedes Kindes eingehen und dieses kompetent auf seinem Weg begleiten“, so Christoph Böhr.

Christean Wagner:

Klare Kompetenztrennung von Bund und Ländern

„Die Länder müssen bei der Ausführung von Bundesgesetzen das Verwaltungsverfahren unabhängig und eigenständig regeln können“, erklärte der hessische Justizminister Wagner anlässlich der ersten in diesem Jahr stattfindenden Sitzung der von Bundestag und Bundesrat eingesetzten Föderalismuskommission. Entsprechende Äußerungen von Bundesjustizministerin Zypries gingen in die richtige Richtung.

Ziel der Föderalismusreform müsse die klare Trennung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Ländern sein, so Wagner weiter. Die konkurrierende Gesetzgebung solle abgeschafft werden. Die Bundesländer müssten wieder mehr Kompetenzen in der Gesetzgebung erhalten. In vielen Bereichen sei einheitliches Bundesrecht nicht erforderlich. Die Länder könnten vielfach besser und flexibler auf regionale Besonderheiten und Bedürfnisse reagieren. Die Länder müssten vor allem die alleinige Gesetzgebungshoheit für die Einkommen- und Körperschaftsteu-

er erhalten. Ihnen allein sollten die Erträge aus diesen Steuern zufließen. So könnten die Länder eigenverantwortlich über ihre Einnahmen entscheiden. Ferner müssten auch die Verwaltungskompetenzen klar getrennt werden. Der Bund solle zukünftig nicht mehr das Verwaltungshandeln der Länderbehörden festlegen dürfen.

Handlungsfreiheit

„Durch die strikte Trennung der Verwaltungskompetenzen wird neben der Transparenz auch Handlungsfreiheit hergestellt, die es den Ländern erlaubt, individuelle, den jeweiligen örtlichen Verhältnissen ihres Landes angepasste Regelungen zu erlassen. Im Gegenzug wird der Bund bei seiner Gesetzgebung unabhängig, da ohne Regelungen über das Verwaltungsverfahren bei den meisten Gesetzen das Zustimmungserfordernis des Bundesrats entfällt“, erklärte Wagner abschließend.

Christean Wagner ist Justizminister in Hessen



SERVICEPUNKT

■ Billiger Fahren mit der Bundesbahn – Dank CDU-Großkundenrabatt

Aufgrund der in letzter Zeit aufgelaufenen Anfragen sowie aus aktuellem Anlass hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de, Navigationspunkt „Organisation“/„Parteiorganisation“ in der Rubrik Rahmenverträge eine Informationsbroschüre zu dem Thema „bahn.corporate“, das Firmenkundenprogramm der Bahn, eingestellt.

Die Broschüre beinhaltet in kurzer Form alle Regelungen zur Inanspruchnahme des CDU-Großkundenrabatts von derzeit 5,5% sowie inhaltliche Eckpunkte zur Vertragsgestaltung.

■ Wichtig! Da die Gewährung eines Rabattes an das erreichte Umsatzvolumen des Vorjahres gekoppelt ist, sollten alle, die das Angebot in Anspruch nehmen, alle Reisen mit der Bahn registrieren lassen.

■ Bei Nachfragen und weiteren Informationen wenden Sie sich bitte an heike.schumann@cdu.de

eGovernment-Wachstum in Europa mit schwächerem Wachstum. Der Nutzungsgrad der behördlichen Dienstleistungen über das Internet ist in Europa 2003 von 60 auf 67 % gestiegen. Österreich verzeichnete den größten Fortschritt mit einem Plus von 27 Prozentpunkten und liegt nun bei 83%. Deutschland wuchs von 48 auf 52 %. So eine Studie von Cap Gemini Ernst & Young im Auftrag der Europäischen Kommission.

63,6 Mill. Bürger in Deutschland sind bei der 6. Direktwahl des Europäischen nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes wahlberechtigt. Neben den etwa 61,6 Mill. Deutschen sind außerdem rund 2,0 Mill. weitere Unionsbürger zugelassen, nämlich die Staatsangehörigen aus den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die die Wahlrechtsvoraussetzungen des Europawahlgesetzes erfüllen.

Insolvenzen in Deutschland steigen. Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes meldeten die Amtsgerichte im Oktober 2003 knapp 3 500 Unternehmensinsolvenzen und 5 693 andere Schuldner Insolvenz an. Dies ist gegenüber Oktober 2002 eine Zunahme bei

den Unternehmensinsolvenzen um 6,5% und der Insolvenzen von anderen Schuldner um 28,7%. Insbesondere die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag dabei um 47,9% höher als vor Jahresfrist.

Neuer Sparrekord: 2003 legten jeder Bundesbürger im Schnitt 10,8% seines verfügbaren Einkommens (2002: 10,6%) zurück. Das ergab eine Studie von Dresdner Bank und Allianz. Danach stieg das Geldvermögen auf 3,9 Billionen Euro. Grund für den Sparboom: Angst vor Jobverlust.

Groß- und Außenhandel verhalten optimistisch: Für den Großhandel erwartet der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) in diesem Jahr eine Umsatzsteigerung von bis zu 2%. Für den Außenhandel hält der Verband an der im Vorjahr veröffentlichten Prognose von 4,5% Wachstum fest. Die positiven Erwartungen sind laut BGA-Präsident Anton Börner allerdings ausschließlich auf den weltwirtschaftlichen Aufschwung zurückzuführen.

Erwerbstätige arbeiteten wieder länger: Erstmals seit 1992 ist in Deutschland im vergangenen Jahr wieder

länger gearbeitet worden. Jeder Erwerbstätige ging laut Statistischem Bundesamt 2003 durchschnittlich 1.445 Stunden seinem Beruf nach; zwei Stunden mehr als im Jahr zuvor. Als Grund für diese Entwicklung geben die Statistiker neben der gestiegenen Nebenerwerbstätigkeit die Angst um den Arbeitsplatz an.

Krankenstand auf Rekordtief: Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums lag im Jahr 2003 der Krankenstand in Deutschland mit 3,6% auf dem niedrigsten Niveau seit Einführung der Lohnfortzahlung im Jahr 1970. Die durchschnittliche Fehlzeit ging im Vergleich zu 2002 um 10% zurück und betrug im Durchschnitt nur noch neun Tage.

Deutsche mit wenig Zuversicht: Die Deutschen sehen eher pessimistisch dem neuen Jahr entgegen. 11% glauben an einen wirtschaftlichen Aufschwung, 44% erwarten eine weitere Konjunkturertrübung. Damit liegen die Deutschen im Europavergleich auf dem drittletzten Platz der Erwartungstabelle. 57% der Bürger rechnen mit einer weiter steigenden Arbeitslosenzahl. Ein Drittel hat Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren.

Biometriedaten

International ist bislang noch keine Einigung erzielt worden, welche biometrischen Merkmale in Personaldokumente aufgenommen werden sollen, erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/2332) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU (15/2209). Auch eine seriöse Kostenabschätzung zur Aufnahme biometrischer Verfahren könne erst erfolgen, wenn die EU-Kommission Anfang 2004 einen Vorschlag zur Ausgestaltung der EU-Pässe vorlegt.

Ausbildungsplatzabgabe

Die Bundesregierung hat keine konkreten Gesetzespläne für die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe. Die Initiative hierfür komme aus der Mitte des Parlaments, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/2314) auf eine Kleine Anfrage. Die SPD-Fraktion habe entsprechende Eckpunkte vorgelegt. Sollten diese als Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht werden, werde die Bundesregierung entsprechend Stellung dazu nehmen, heißt es.



Prüfung von EU-Ausgaben

Bundesrechnungshof (BRH) soll die in der Bundesrepublik Deutschland ausgegebenen Mittel der Europäischen Union besser prüfen können. Dies forderten die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses. Es sei „ein Skandal“, dass zum Beispiel die EU-Subventionen im Agrarbereich nicht überprüft werden könnten. Es liege im Interesse der deutschen Steuerzahler, zu wissen, was die „Großorganisationen“ mit dem Geld machen würden, so die Parlamentarier.

Arbeitsgenehmigung für Personen aus EU-Beitrittsstaaten

Mit Ausnahme von Malta und Zypern brauchen Personen

aus den EU-Beitrittsstaaten auch nach dem 1. Mai eine Arbeitsgenehmigung. Aufgrund der Arbeitsmarktlage in Deutschland will die Bundesregierung von der im Beitrittsvertrag vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch machen, die Arbeitnehmerfreizügigkeit aufzuschieben. Dies geht aus einem Gesetzentwurf der Regierung (15/2378) hervor.

Monopol auf dem Briefmarkt

Während sich der Wettbewerb in der Telekommunikationsbranche in den Jahren 2002 und 2003 intensiviert hat, zementierte sich das Monopol der Deutschen Post AG auf dem Briefmarkt. Das geht aus dem Tätigkeitsbericht 2002/2003 der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post sowie dem Son-

dergutachten der Monopolkommission für diesen Markt (15/2220) hervor.

Kongopolitik

Ein Umdenken in der Kongopolitik fordert die CDU/CSU in einem Antrag (15/2335). Nach dem Willen der Unionsabgeordneten soll die Bundesregierung den Friedensprozess in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) durch eine zusammenhängende Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik unterstützen. Dazu gehöre vor allem, die Politik gegenüber den Ländern dieser Region in Afrika aufeinander abzustimmen.

Gesundheitspolitik

Die Behandlung von Demenzkranken steht im Mittelpunkt eines Antrages von CDU/CSU (15/2336). Die Union sieht in der Forschung, Früherkennung, Behandlung sowie Pflege von Demenz erheblichen Handlungsbedarf in Deutschland. Bereits heute leiden nach Angaben der Antragsteller rund 950.000 Personen an einer mittelschweren bis schweren Demenz. Schätzungen gingen von etwa 2,05 Millionen Demenzkranken im Jahre 2050 aus.

Dieser großen gesellschaftlichen Herausforderung sollte die Bundesregierung nach Ansicht der Abgeordneten bereits heute begegnen. So sollte die Exekutive verstärkt Forschungsvorhaben unterstützen und initiieren, die sich mit der Früherkennung, Diagnostik und Präventionsmöglichkeiten befassen.

Menschenrechtskommission

Ein von der CDU/CSU unterstützter Antrag (15/2174) der FDP zur Reform und Stärkung der Menschenrechtskommission ist am Mittwochnachmittag ist von der Bundesregierung abgelehnt worden. Der Antrag sah vor, dass die Mitgliedschaft in der MRK an die Bedingung geknüpft ist, dass die geltenden Menschenrechtsstandards im eigenen Hoheitsbereich gewährleistet werden. Auch die Schaffung eines ständigen und ganzjährig aktiven UN-Gremiums in Form eines „Menschenrechtsrates der UN“ steht die Bundesregierung skeptisch gegenüber.

Innere Sicherheit

Als größte Veränderung der Regierungsstruktur der Vereinigten Staaten von Amerika

bezeichnete John Cloud, Gesandter der US-Botschaft in Deutschland, die Einrichtung des Ministeriums für Homeland Security gegenüber den Mitgliedern des Innenausschusses. Das neue Ministerium mit 180.000 Mitarbeitern aus vormals 22 unterschiedlichen Regierungseinrichtungen übernimmt danach wesentliche Teile des US-Küstenschutzes, des Büros für Bürgerschaftsangelegenheiten und Migration, des Geheimdienstes, der Transportsicherheit, des Zivil- und Katastrophenschutzes, aber auch Bereiche aus Wissenschaft und Technik sowie Analyseeinheiten zur Sicherung der Infrastruktur. Die Einrichtung und Strukturierung des neuen US-Ministeriums dokumentiere einen historischen Wendepunkt der amerikanischen Wahrnehmung des Terrorismus. Die Aufgabenstellungen und Schutzvorkehrungen seien so strukturiert worden, dass die eigentliche US-Grenze lediglich die letzte Schutzmauer gegen den Terrorismus darstelle. Der US-Gesandte sicherte den Abgeordneten zu, eine ausführliche schriftliche Dokumentation über Arbeitsweise und Kriterienraster der Homeland Security für die weitere Diskussion des innerdeutschen Schutzes zur Verfügung zu stellen.

Maut weiter konzeptlos

Erklärung zum Bericht von Bundesverkehrsminister Stolpe vor dem Verkehrsausschuss zum weiteren Fortgang der Maut.

Nach dem 31. August und 2. November 2003 wird nun der 1.1.2005 als neuer Termin genannt. Da dieser Termin diesmal nicht von der Politik diktiert wurde, erscheint der Zeitrahmen nun realistisch. Wir setzen darauf, dass die Maut nun endlich eine echte Chance auf Einführung in Deutschland hat.

Dennoch hat Stolpe wieder bewiesen, dass er nicht



Dirk Fischer



Klaus Lippold

die Fäden in der Hand hält, denn im Hinblick auf die Hauptforderung, die Lösung der Mautausfälle, ist ein Ergebnis noch nicht in Sicht.

Das Missmanagement bei der Mauteinführung durch Minister Stolpe hat zu einem Defizit bei den Verkehrsinvestitionen von 2,1 Mrd. Euro allein im Jahre 2004 geführt. Das ist eine katastrophale Entwicklung für die

Verkehrsinfrastruktur in Deutschland!

Aber auch für die Zukunft ist Skepsis angebracht, denn Stolpe spricht von Schadensersatzansprüchen in Höhe von 40 Mio. Euro pro Monat ab dem 1.1.2005

– dies ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal auch noch eine Haftungshöchstgrenze von 500 Mio. Euro jährlich erwogen wird.

Wir fordern die Bundesregierung auf, bei den weiteren Verhandlungen nun Stärke zu beweisen und Haftungsregelungen im Sinne des Steuerzahlers durchzusetzen.

KONGRESS

Zukunft der erneuerbaren Energien

Offen für Anregungen aus Wirtschaft und Verbänden zur Förderung erneuerbarer Energie zeigte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei einem Kongress in Berlin. Über 500 Teilnehmer diskutierten mit Experten und Unionspolitikern über die Zukunft der erneuerbaren Energien.

„Energie ist wie das Blut im Kreislauf des Menschen“, sagte Angela Merkel zum Auftakt des Kongresses. Sie unterstützte

für die Fraktion das Ziel der Europäischen Union, den Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung in Deutschland bis zum Jahr 2010 auf 12,5 Prozent zu steigern. Weitergehende Festlegungen über dieses Jahr hinaus lehnte die Fraktions- und Parteivorsitzende Merkel zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab.

„Strom kommt nicht einfach aus der Steckdose“, betonte Merkel. Sie sprach sich für einen vernünftigen

Energiemix aus, der die Krisensicherheit berücksichtigen müsse. Deutschland dürfe sich von Stromimporten nicht allzu abhängig machen.

Die Union will mit diesem Kongress auch vom Sachverstand der Experten lernen und die Ergebnisse politisch gewichtet bei den Beratungen zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz und anderen derzeit anhängigen Gesetzesinitiativen berücksichtigen.

Außerdem muss sichergestellt werden, dass durch die abgespeckte Mautvariante keine neuen Belastungen auf die deutschen Spediteure zukommen.

Dirk Fischer ist verkehrspolitischer Fraktions-sprecher, **Klaus W. Lippold** ist Stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Clements Fehlprognosen

Stellungnahme zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung.

Die Prognosen der Bundesregierung über die wirtschaftliche Entwicklung haben seit Jahren wenig mit der Realität zu tun. Die negativen Abweichungen bei den wirtschaftlichen Eckwerten rufen immer wieder Enttäuschungen hervor. Rot-Grün löst damit ständig Attentismus bei den wirtschaftlich Handelnden aus. Diese Fehleinschätzungen setzen sich mit dem aktuellen JWB fort.

Statt des im letzten Jahreswirtschaftsbericht erwarteten mageren BIP-Wachstums von 1 % hatten wir 2003 ein reales Minus von 0,1 % zu verzeichnen, also im dritten Jahr Stagnation! Bei den Arbeitslosenzahlen war die falsche Erwartung besonders irreführend für



Dietrich Austermann

die Sozialkassen. Im Durchschnitt waren über 100.000 Menschen weniger in Lohn und Brot. Massiv „daneben“ lag die Bundesregierung auch mit ihrer Einschätzung der gesamtstaatlichen Defizitquote. Nicht mehr als 3 % lautete noch vor einem Jahr die Prognose. Tatsächlich sind es über 4 % geworden.

Die im jetzt vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht genannten Eckpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung sind erneut sehr optimistisch. Die damit verbundenen Erwartungen stehen auf wackeligen Beinen. Für ein ausreichend hohes, die Beschäftigung steigerndes und die Arbeitslosigkeit minderndes reales Wachstum über 2 % gibt es kaum Anhaltspunkte. Und gegen die zur Senkung der „Beschäftigungsschwelle“ notwendigen Maßnahmen sträubt sich Rot-Grün mit Händen und Füßen.

Der von der Bundesregierung angenommene leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 4,3 Mio ist zu optimistisch. Die Entwicklung von 2002 und 2003 dürfte sich 2004 wiederholen. Die Arbeitslosigkeit wird nicht mit mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätzen bekämpft, sondern mit statistischen Bereinigungen und schärferen Anforderungen an die Arbeitslosen, die individuell zwar notwendig, für die Analyse der Gesamtsituation aber irritierend sind: Die Zahl der nicht (mehr mit-) gezählten Arbeitslosen ist bald genau so groß wie die offiziell verkündete Arbeitslosenzahl!

Vom Anziehen der Weltkonjunktur gehen 2004 sicherlich positive Wachstumsimpulse aus. Andererseits bleibt der Eurokurs ein Risiko für den Export. Was 2004 unverändert fehlt, ist eine nachhaltige Erholung der Binnenwirtschaft. Dieser Regierung fehlt der Mut, durch umfassende Struktur-reformen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Steuer- und Abgabenlast die Wachstumskräfte in unserer Wirtschaft zu beflügeln. Die Agenda 2010 war nur ein erster Schritt. Wichtige Reformschritte auf dem Arbeitsmarkt, wie die betrieblichen Bündnisse für Arbeit,

hat die Regierung im Vermittlungsausschuss verhindert. Und ab 2005 wirken zusätzliche Belastungen für Bürger und Betriebe.

» BUCHTIPP

■ Lothar Rolke, Volker Wolff (Hrsg.): Die Meinungsmacher in der Mediengesellschaft, Westdeutscher Verlag; Wiesbaden 2003, 189 Seiten, 22,90 Euro.

Journalisten als Anwälte der Öffentlichkeit sind unerbittlich: Das Publikum mag Helden oder Opfer. Normalität langweilt. Aufmerksamkeit ist ein knappes Gut. Der Wettbewerb um die Pole Position in der Wahrnehmung steigt für alle. Wie reagieren Politiker und Manager auf diese Anforderungen? Was erwarten sie von den Medien? Was ist der Kaufpreis, um Erfolg zu haben? Worin besteht der kommunikative Gau? Welche Rolle spielen überhaupt die Medien und wie verändern die sich? Autoren, die allesamt Politik, Wirtschaft und Medien aus der Innensicht kennen, geben auf diese Fragen Antworten

Empfehlung: Eine gute Orientierung dank des starken Praxisbezugs

Statt mutiger Reformpolitik betreibt Rot-Grün vorzügliche Schönfärberei der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land. Mit allzu hoffnungsfrohen Prognosen und mit der chaotischen Politik der letzten Wochen schafft man kein Vertrauen in das Handeln der Regierung. Das ist aber erforderlich, wenn wieder investiert und konsumiert werden soll.

Das Täuschen und Trick-sen bei den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten hat System. Es dient auch dazu, die tatsächliche Haushaltslage des Bundes zu verschleiern und davon abzulenken, dass Rot-Grün in den zentralen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Reformfragen versagt hat!

Dietrich Austermann ist haushaltspolitischer Fraktions-sprecher

Ersatz für Gewerbesteuer

Erklärung zu den gemeinsamen Grundsätzen von CDU und CSU „Steuerpolitik 21“

CDU und CSU wollen für die Kommunen einen vollwertigen Ersatz für die nicht mehr reformfähige und überholte Gewerbesteuer. Dafür wurden am Wochenende die Grundsätze vereinbart:



Peter Götz

■ die Finanzgrundlage muss über eine Beteiligung an Gemeinschaftssteuern gesichert werden; ■ zugleich müssen eigene Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eröffnet werden; ■ CDU und CSU wollen ihren Vorschlag gemeinsam mit den Kommunen erarbeiten.

Diese Grundsätze entsprechen dem Beschluss der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands und des Leipziger CDU-Parteitag am 12. Dezember 2003.

Die Gemeinden sollen feste Anteile an der reformierten Einkommensteuer und an der stabilisierten Körperschaftsteuer erhalten und darauf jeweils differenzierte Hebesätze anwenden dürfen. Das Vermittlungsergebnis vom Dezember ist für die Lösung der kommunalen Finanzkrise ein Tropfen auf den heißen Stein.

BÖRNSEN: UNION FORDERT KÜSTENWACHE

Bei einer Lücke zwischen Ausgabepflichten und Einnahmen von 10 Mrd. € bleibt die Entlastung unter 1,5 Mrd. €. Die Hausaufgaben der Bundesregierung sind damit noch nicht gemacht.

Die Gemeindefinanzreform muss umgehend fortgesetzt werden. Ein Herumdoktern an den viel zu vielen Stellschrauben im Steuerrecht kann die Krankheit nicht mehr heilen. Wie bei einem Patienten, der zu viele Medikamente nimmt, sind schlimme Nebenwirkungen unvermeidbar.

Die Regierung ist aufgefordert, unverzüglich zusammen mit den Städten und Gemeinden einen Neuanfang zu machen und Modellrechnungen durchzuführen, damit verlässliche Entscheidungsgrundlagen vorliegen.

Peter Götz ist kommunalpolitischer Fraktionssprecher



WEB-TIPP

- Der Bundesverband deutscher Pressesprecher ist nun auch „drin“. Auf <http://www.pressesprecherverband.de> findet man aktuelle Informationen rund um das im Oktober 2003 neu gegründete bundesweite Netzwerk für Pressesprecher aus Unternehmen, Verbänden und der Politik.

In einem von den drei schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Börnsen, Peter Harry Carstensen und Dietrich Austermann initiierten Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, Voraussetzungen für eine nationale Küstenwache mit allen Zuständigkeiten zur Gefahrenabwehr zu schaffen und dem Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf zuzuleiten.

Hintergrund ist einerseits eine gewachsene terroristische Bedrohung und andererseits ein Kompetenzwirrwarr der Zuständigkeiten zwischen den im Ernstfall zuständigen Bundes- und Landesministerien. Ein fiktives aber realitätsnahes Beispiel macht die Gefahr deutlich: Wenn ein von Terroristen mit Sprengstoff bestückter Öltanker herrenlos auf Emden zutreibt, wäre der BGS und damit das Bundesinnenministerium für die Entschärfung zuständig, das Bundesverkehrsministerium für die Abwehr der Kollision und das Umweltministerium für die Vorsorge der Ölbeseitigung. Die notwendigen SAR-Hubschrauber hält die Bundesmarine vor, koordiniert wird der Einsatz von

der Küstenwache des Bundes – bis zum Eintreten in das Küstengewässer Niedersachsens. Jetzt wechseln die Zuständigkeiten an die dortige Polizei, Umweltministerium u. a.

Das heißt, das Nebeneinander von Bundes- und Landeskompetenzen führt dazu, dass im Notfall niemand die Führung beanspruchen kann oder bereit ist, die Verantwortung zu übernehmen. Die hochsensiblen und einzigartigen Ökosysteme von Nord- und Ostsee können nur in Abstimmung ihrer zuständigen Behörden effektiv geschützt werden. Deshalb brauchen wir eine einheitliche nationale Küstenwache, bei der Verantwortung und Führung in einer Hand sind und in der auch die Kompetenz der Bundesmarine eingebunden ist! Mit ihrem Antrag kommt die Fraktion auch Forderungen des Bundesrechnungshofes wie des Haushaltsausschusses nach, die die Bundesregierung bereits mehrfach aufgrund fiskalisch-ökonomischer Überlegungen auf die Konzentration aller Seedienste hingewiesen hatte.

Wolfgang Börnsen ist Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises „Küste“

Die neue Fahne der CDU!



CDU Hissflagge

orange mit CDU-Logo
im Weißraum

Hochformat 1,50 m x 3,0 m

Bestell-Nummer: **0090**

Preis je Stück: **22,50 €**

inkl. MwSt.: 26,10 €

EUROPA Hissflagge

blau mit gelben Sternen

Hochformat 1,50 m x 3,0 m

Bestell-Nummer: **0089**

Preis je Stück: **36,00 €**

inkl. MwSt.: 41,76 €



ID-Band KPV
„www.stark-vor-ort.de“

weißes Band mit kunststoff-
 schnappverschluss und
 Karabinerhaken

Größe 90 cm x 2 cm

Bestell-Nummer: **9078**
 Preis je 10 Stück: **10,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,60 €



Pin „FU“



Größe ca.
 1,5 cm x 1,5 cm

Bestell-Nummer: **9092**
 Preis je 100 Stück: **20,00 €**
 inkl. MwSt.: 23,20 €

Aufkleber „FU“

Größe ca.
 3 cm x 3 cm

Bestell-Nummer: **9091**
 Preis je 100 Stück: **10,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,60 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 05241-8041892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Urkunden

„25 Jahre CDU-Mitglied

Bestell-Nummer: **0396**

„40 Jahre CDU-Mitglied

Bestell-Nummer: **0644**

„50 Jahre CDU-Mitglied

Bestell-Nummer: **0071**

DIN A4

Preis je **50 Stück: 6,10 €**

inkl. MwSt.: 7,08 €



Ehrenabzeichen der CDU

Ehrenabzeichen Bronze

„25jährige CDU-Mitgliedschaft

Bestell-Nummer: **0233**

Ehrenabzeichen Silber

40jährige CDU-Mitgliedschaft

Bestell-Nummer: **0235**

Ehrenabzeichen Gold

„50jährige CDU-Mitgliedschaft

Bestell-Nummer: **0237**

Bestell-Nummer:

Preis je **10 Stück: 9,00 €**

inkl. MwSt.: 10,44 €